



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 3. JANUAR 2024

### Weitere 10,2 Milliarden Euro aus Brüssel freigegeben

Durchbruch in der Frage der ungarischen EU-Finanzmittel. Mitte Dezember gab die Europäische Kommission die Freigabe von Geldern des Kohäsionsfonds in Höhe von 10,2 Mrd. Euro an Ungarn bekannt. Wie noch in der [letzten Ausgabe des Monatsbriefes](#) berichtet, hatte Ungarn im November einen Vorschuss von knapp 1 Mrd. Euro für projektbezogene Mittel erhalten. Eine baldige Äußerung und Bewertung aus Brüssel in Hinblick auf die ungarischen Justizreformen waren von ungarischer Seite aus erwartet worden. Nun folgte also die offizielle Bekanntmachung der Kommission: „Ungarn hat Rechtsnormen erlassen, mit denen die Unabhängigkeit der Justiz im Lande bedeutend gestärkt wird.“

Das Lob erfolgte jedoch nicht ohne Warnung. Die Gelder könnten jederzeit neuerlich blockiert werden, sollten sich die heutigen, als günstig bewerteten Voraussetzungen wieder verschlechtern. Ungarn verletze immer noch Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und erfülle noch nicht alle 27 sogenannten Super-Meilensteine. In diesem Sinne bleiben weitere 6,3 Mrd. Euro aus den Kohäsionsgeldern weiterhin unter Verschluss. Insgesamt sind noch rund 21 Mrd. Euro an Geldern gesperrt.

Positive und teils versöhnliche Töne ließen sich aus Budapest vernehmen. Der zuständige Minister für Regionalentwicklung, Tibor Navracsics, gab sich zukunftsgerichtet: „Wir haben viele Zielprogramme, an deren Verwirklichung wir nun endlich gehen können.“ Kaum ein anderes Land verwende die ihm zustehenden Gelder der Gemeinschaft so effizient, wie Ungarn. Er lobte auch den langen und harten, aber ergebnisreichen Verhandlungsprozess mit der Kommission. Die Vorsitzende des Europaausschusses im Parlament und ehemalige Justizministerin, Judit Varga, jubelte: „Das war Teamwork [...] Nun kam auch die EU-Kommission nicht mehr umhin einzugestehen, dass Ungarn in vorbildlicher Manier und ausnahmslos alle Zusagen des Justizpakets erfüllt hat.“ Alle Fragen seien beantwortet – Mission erfüllt.

Die junge, im Zuge der Justizreformen ins Leben gerufene Integritätsbehörde (IH) hatte indes kurz zuvor zu ihrem einjährigen Bestehen ihren ersten Jahresbericht veröffentlicht. So strebe man die Reformierung des Systems der Vermögenserklärungen von Politikern an. Dabei wolle man sich an internationalen Beispielen orientieren und sich auf standardisierte und unabhängige Prozesse und Kontrollorgane stützen, so IH-Präsident Ferenc Bíró. Er betonte: Das Vertrauen der Menschen in die Politik müsse wiederhergestellt werden. Es müsse sich eine Kultur herausbilden, die „Transparenz als Wert“ begreift. Die IH soll als autonomes Organ der Staatsverwaltung die Verwendung der EU-Gelder überprüfen und allgemein als Antikorruptionsbehörde in Erscheinung treten.

## Ungarisches Veto weiterer Finanzmittel an die Ukraine

Am 14. Dezember 2023 tagte der EU-Ministerrat auf Bestreben einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten in einem Gipfeltreffen zu einem Beschluss über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine. Ministerpräsident Viktor Orbán hatte bereits Anfang Dezember in mehreren Reden und Radiointerviews Widerstand gegen diesen Schritt angekündigt: „Es ist ein Fehler, dass die EU-Kommission die Ministerpräsidenten drängt, den EU-Beitritt der Ukraine auf die Tagesordnung zu setzen.“

Stattdessen solle man zunächst vielmehr ein strategisches Partnerschaftsabkommen mit der Ukraine abschließen, welches sich auf einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren erstrecken könne, währenddessen man das Land schrittweise an die Gemeinschaft heranführen könnte. Die EU solle nicht den gleichen Fehler wie mit der Türkei wiederholen. In der Frage der finanziellen Unterstützung der Ukraine aus dem EU-Budget warb Orbán für eine Alternativlösung: „Wir sollten einen Sonderfonds zur Unterstützung der Ukraine einrichten, in den jedes Land nach eigenem Ermessen einzahlen kann.“ Ungarn vermisse immer noch die Abrechnung über die bisherigen 80 Mrd. Euro, die von Seiten der EU an die Ukraine geflossen sind.

Insbesondere besorgt zeigte man sich über die unabsehbaren Konsequenzen einer vorschnellen Aufnahme des Landes in die Gemeinschaft. „Die EU-Kommission hat keinen blassen Schimmer von den Auswirkungen des Beitritts der Ukraine auf die verschiedensten Lebensbereiche in den Mitgliedstaaten“, so Außenminister Szijjártó. Weiterhin äußerte man Besorgnis über die Lage und Praxis der Minderheitenschutzrechte im Land. Eine Organisation der ungarischen Minderheit in Transkarpatien hatte in einem offenen Brief an Ministerpräsident Viktor Orbán dennoch gefordert, die Belange der Ukraine beim anstehenden EU-Gipfel zu unterstützen.

In der dem Gipfel vorausgehenden Parlamentsdebatte mahnte Orbán in seiner Rede, dass es mit unvorhersehbaren Folgen einhergehen würde, ein Land im Kriegszustand aufzunehmen, dessen zukünftigen Grenzverlauf und Bevölkerungszusammensetzung noch niemand absehen könne und dessen Aufnahme ferner Massenbevölkerungswanderungen im Millionenbereich nach sich ziehen würde. Schätzungen des deutschen Instituts für Wirtschaft Köln über die Auswirkungen aus den EU-Haushalt zufolge, würde die Ukraine im Falle eines Beitritts 17 Prozent des EU-Haushalts erhalten. „Dies bedeutet, dass fast alle anderen EU-Mitgliedstaaten zu Nettozahlern werden und die Ukraine der größte Nettoempfänger der EU wird“, tweete der strategische Berater des Ministerpräsidenten, Balázs Orbán, im Nachgang.

Die EU müsse ihre Regeln ernst nehmen, so Ministerpräsident Orbán weiter. Der Ukraine sei bereits trotz Nichterfüllung der Kriterien mit Vertrauensvorschuss der Kandidatenstatus zugesprochen worden. Von den sieben Beitrittskriterien habe das Land aber bis heute ganze drei überhaupt noch nicht erfüllt: in Bezug auf Korruption, den Kampf gegen Oligarchen sowie nationale Minderheiten.



*Ministerpräsident **Viktor Orbán** (2. v. r.) am Verhandlungstisch mit dem französischen Präsidenten **Emmanuel Macron** (3. v. r.), dem deutschen Bundeskanzler **Olaf Scholz** (r.) sowie **Ursula von der Leyen** (l.), Präsidentin der Europäischen Kommission, und **Charles Michel** (2. v. l.), Präsident des Europäischen Rates.*

Quelle: MTI / Presseamt des Ministerpräsidenten / Zoltán Fischer

Auf mehrere Sondierungsgespräche und große Runden mit den EU-Spitzenpolitikern Charles Michel und Ursula von der Leyen sowie dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz folgte schließlich die Gipfeltagung. Entgegen vorigen Aussagen erfolgte das ungarische Veto nicht. Hingegen bediente man sich eines Verhandlungskniffes, der ein Lösungsnovum darstellt. Der Ministerpräsident Ungarns verließ zur Beschlussfassung den Raum und überließ die Entscheidung den anderen Mitgliedsstaaten, sodass diese gemäß den Vorschriften „ohne Gegenstimme“ zustimmen konnten.

Orbán resümierte sein Handeln: „Das ist eine schlechte Entscheidung. [...] Die Ukraine ist nicht reif.“ Allerdings sei das entscheidende Argument, dass im Letzten die Entscheidung bei den nationalen Parlamenten liege: „Wenn wir nicht wollen, dass die Ukraine EU-Mitglied wird, dann kann das ungarische Parlament dagegen stimmen.“ Über seine Übereinkunft mit den anderen EU-Chefs erläuterte er transparent: „Sie sagten, sobald Ungarn seine Interessen verletzt sieht, könne ich den Prozess stoppen. Aber da sie entschlossen seien, den Prozess in die Wege zu leiten, solle ich sie dabei nicht aufhalten.“ Er habe sich letztlich nicht an der Abstimmung beteiligt und den Raum verlassen, da er nicht „Ungarns Gewissen mit dieser schlechten Entscheidung belasten wollte.“ Mit der Abstimmung wurde neben der Ukraine auch über die Aufnahme gleichzeitiger Beitrittsverhandlungen mit Moldawien entschieden. Ferner erhielt der Kaukasusstaat Georgien den Kandidatenstatus.

In der Frage des 50 Mrd. Euro schweren Hilfspakets an die Ukraine aus EU-Mitteln legte Orbán respektive Ungarn jedoch sein Veto ein. Die Frage werde im Februar auf einem EU-

Sondergipfel entschieden. Den Schritt begründete Orbán mit den Folgen der letzten gemeinsamen EU-Kreditaufnahme, dem Corona-Wiederaufbaufonds, für den man eine Ausnahme gemacht habe. Solange diese gemeinsamen Kreditmittel am Ende jedoch selektiv Mitgliedsstaaten finanzieren würden und anderen verwehrt blieben, wolle Ungarn nicht weiter „bei solchen Aktionen mitmachen“. In den kommenden Verhandlungen böte sich die Chance, Ungarn im Interesse einer korrekten Behandlung aller Gelder freizugeben, die ihm zustünden.

### **Ungarisch-türkisches Abkommen zur Zusammenarbeit im Energiebereich**

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan traf am Montag, den 18. Dezember 2023, in Budapest ein – bereits der zweite Besuch des türkischen Präsidenten binnen weniger Monate. Er traf sich mit Ministerpräsident Viktor Orbán und Staatspräsidentin Katalin Novák. Zusammen mit dem türkischen Staatsoberhaupt reisten diesmal jedoch auch insgesamt acht Minister nach Ungarn, darunter der Außen-, Verteidigungs- und Innenminister sowie die Minister für Handel, Energie und natürliche Ressourcen, Industrie und Technologie, Familie und soziale Dienste sowie Kultur und Tourismus. Im Rahmen des Gipfels wurden mehrere Dokumente unterzeichnet und neue Kooperationen beschlossen oder bestehende ausgebaut.

Die strategische Partnerschaft zwischen Ungarn und der Türkei und ihre Ausweitung war eines der Hauptthemen des türkischen Besuchs. Des Weiteren soll der Handel weiter gefördert und intensiviert werden. Ungarn plant ferner zukünftig den direkten Import von Erdgas aus der Türkei. Auch bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und der Nutzung erneuerbarer Energien wie Wasserstoff werden beide Länder zusammenarbeiten. Orbán kündigte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zudem an, dass Ungarn während seiner EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr alles daransetzen werde, die Zollunion zwischen der EU und der Türkei zu modernisieren und die Türkei auch bei anderen Fragen wie der Visa-Liberalisierung zu unterstützen. Zudem wurde im Rahmen des Besuchs das ungarisch-türkische Kulturjahr 2024 eingeläutet, da sich der Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Ländern zum 100. Mal jährt. Geplant sind anlässlich dieses Jubiläums verschiedene kulturelle Programme in beiden Ländern.

### **Illegale Migration an der ungarischen Grenze immer gewaltsamer**

Die Gewaltdelikte in Zusammenhang mit der illegalen Migration an der ungarischen EU-Außengrenze nehmen zu und werden immer drastischer. Dies geht aus Schilderungen des Chefberaters des Ministerpräsidenten für Innere Sicherheit, György Bakondi, hervor. Nicht nur werde die Staatszugehörigkeit der Migranten immer bunter, die ausgeprägten Kämpfe um Kontrolle zwischen den verschiedenen Schlepperbanden hätten zudem zu einem beunruhigenden Status quo geführt. So hätten an der ungarischen Südgrenze afghanische Banden die Kontrolle über die illegale Migration übernommen – eine lukrative Einnahmequelle für das Terrorregime der Taliban. Wer die Kontrolle über Menschenströme übernehme, könne auch potenzielle Terroristen und Spione in die EU einschleusen, warnte Bakondi weiter. Serbische Polizeispezialkräfte konnten bei großangelegten Razzien inzwischen zahlreiche Schusswaffen, Munition, gefälschte Reisepässe und Drogen beschlagnahmen. Von ersteren Waffen werde zur Einschüchterung der Grenzpolizisten auch immer vermehrt direkt an der Grenze Gebrauch gemacht.

Im EU-Rat für Justiz und Inneres sorgte Ungarn derweil mit einem Video für Aufsehen, das Grenzschilder am Grenzzaun zu Serbien dreht und das die Gewalt eindrücklich dokumentiert. Auf den Bildern zu sehen sind Grenzer, die mit Macheten, Messern und teils sogar Schusswaffen bedroht werden. Es werden Steine und andere Gegenstände geworfen, Polizeieinsatzfahrzeuge demoliert.



*Nachtaufnahmen zeigen mit Schusswaffen bewaffnete Migranten an der Außengrenze Ungarns zu Serbien.*

Quelle: Budapester Zeitung

„Man wollte uns dazu bewegen, das Video nicht zu zeigen, aber wir taten es dennoch. Danach folgte betretenes Schweigen im Saal“, äußerte sich der zuständige Staatssekretär Bence Rétvári. Mehrere Teilnehmer des Gremiums hätten offen und sichtlich schockiert ihr Entsetzen über das brutale Vorgehen der Täter gegen die ungarischen Beamten kundgegeben. „Was an unserer Südgrenze geschieht, davon berichten die Medien im Westen nicht. Und was nicht in den Zeitungen steht, das existiert nicht“, zeigte sich Rétvári kritisch. Die Entscheidungsträger in Brüssel seien teils stark uninformiert über die akute Lage vor Ort: „Diese Leute glauben bis heute, Grenzjäger hätten nicht die Aufgabe, Grenzen zu schützen, sondern sie hätten den Migranten zu helfen, ihre Asylanträge zu stellen“

Außenminister Szijjártó betonte auf dem Globalen Flüchtlingsforum der UNHCR in Genf, die internationale Gemeinschaft solle endlich ihre Heuchelei ablegen und ganz klar den Unterschied zwischen Flüchtlingen und illegalen Migranten anerkennen. Er verwies auf das Recht eines jeden (Kriegs-)Flüchtlings, das erste für sie sichere Drittland aufzusuchen: „Es gibt jedoch kein Recht, bis zu einem Dutzend sicherer Staaten zu durchwandern, bis man sein Traumland erreicht hat.“

### **Deutsche Panzerproduktion für die ungarische Armee**

*Rheinmetall erhält Entwicklungsauftrag für den Kampfpanzer Panther KF51 von Ungarn*

Der Rüstungskonzern Rheinmetall ist von der ungarischen Regierung beauftragt worden, den KF51 bis zur Serienreife zu entwickeln. Ein entsprechender Vertrag im Wert von 288 Mio. Euro wurde am 14. Dezember 2023 im westungarischen Zalaegerszeg unterzeichnet. Der Panzer soll dabei an die individuellen Anforderungen der ungarischen Regierung angepasst und anschließend auch im Land produziert werden. Abweichend von dem ursprünglichen Modell, das auf der Rüstungsmesse Eurosatory vorgestellt wurde, soll die ungarische Version

des Panthers jedoch zunächst mit einer 120-mm-Glattrohrkanone und nicht mit der neu entwickelten 130-mm-Glattrohrkanone bewaffnet sein, um die Munition mit den ungarischen Leopard 2-Panzern kompatibel zu halten. Rheinmetall kooperiert bei dem Vorhaben mit der staatlichen ungarischen Holding N7, die mit 49 Prozent an dem Joint Venture Rheinmetall Hungary beteiligt ist.

Diese Ankündigung ist die neueste einer Vielzahl von Investitionen und Projekten, die Rheinmetall in Kooperation mit der staatlichen ungarischen Holding N7 in Ungarn umsetzt. Bereits am 15. Dezember 2022 gaben die beiden Unternehmen den Aufbau einer Munitionsfabrik in Várpalota bekannt. Am [18. August dieses Jahres](#) hatte Rheinmetall zudem bereits ein Werk für die Fertigung des Schützenpanzers Lynx in der südwestungarischen Stadt Zalaegerszeg eingeweiht. Das Unternehmen entwickelt und produziert dort modernste Ketten- und Radfahrzeuge, wie den Schützenpanzer Lynx, sowohl für die ungarischen Streitkräfte als auch Exportkunden.

### *Erste Leopardpanzer geliefert*

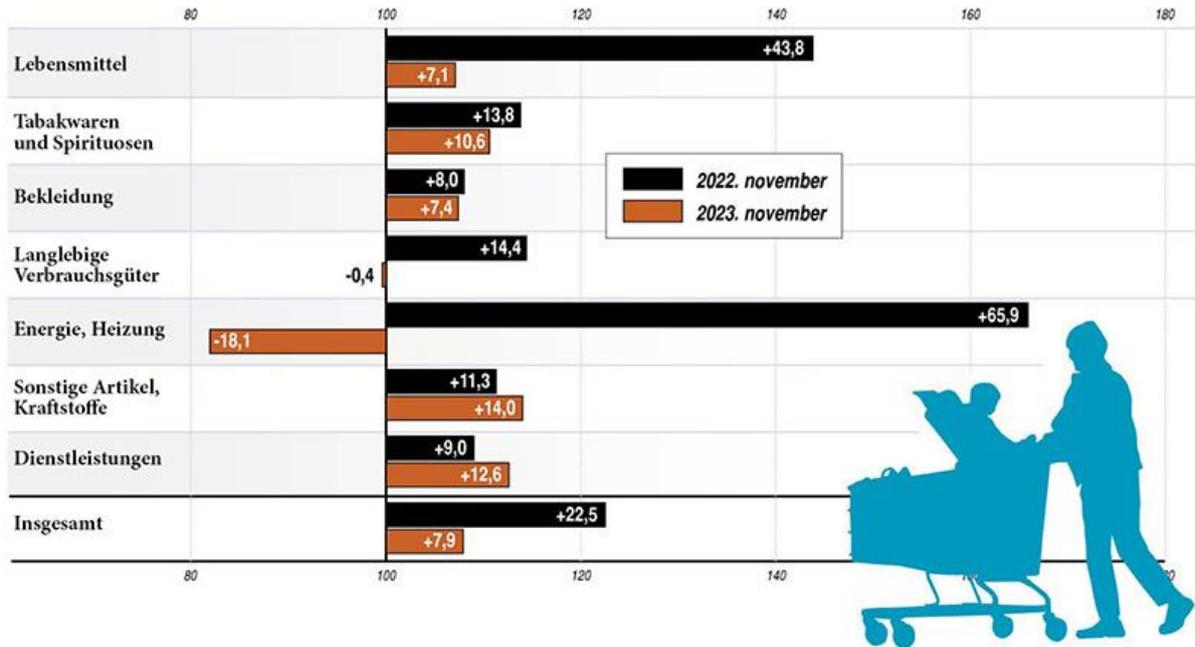
Am 14. Dezember 2023 trafen die ersten Kampfpanzer vom Typ Leopard 2A7HU in Ungarn ein. Der ungarische Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky betonte, dass mit der Ankunft dieser speziell für die ungarischen Bedürfnisse entwickelten Panzer bei der 1. Klapka-György-Panzerbrigade der ungarischen Streitkräfte in Tata eine neue Ära in der Geschichte der Entwicklung der ungarischen Streitkräfte und der Geschichte des Landes eingeleitet werde. Bis 2028 sollen insgesamt 44 Leopard 2, fünf Unterstützungsfahrzeuge vom Typ Wisent 2HU sowie drei Brückenlegepanzer Leguan 2HU an Ungarn geliefert werden.

### **Inflationsrate erstmals unter 10-Prozent-Marke gefallen**

Nachdem das Ungarische Zentralamt für Statistik im Oktober bereits Inflationsraten um die 10 Prozent vermeldet hatte, fielen die Zahlen für den November erstmals deutlich unter die 10-Prozent-Marke, nämlich auf nur noch 7,9 Prozent. Zwischenzeitlich hatte die drastische Inflation Anfang des Jahres 2023 bei über 25 Prozent gelegen – der höchste Wert der EU.

Preisdrücker sind insbesondere das Benzin und die Energiekosten. Letztere sanken im Vergleich zum Vorjahr um -18,1 Prozent (davon -36 Prozent im Leitungsgas). Im Lebensmittelsektor, der insgesamt noch einmal leicht anzog, sanken die Preise für Zucker, Speiseöl und Geflügelfleisch leicht sowie für Eier, Mehl, Teigwaren, Butter und Käse stark. Die Preistreiber sind hier vor allem Kartoffeln, Obst und Gemüse. Trotz leichtem Rückgang im letzten Monat bleibt der größte Preistreiber unter den Lebensmitteln der Zucker, gefolgt von Erfrischungsgetränken, Kakao und Schokolade.

Trotz allmählicher „Normalisierung“ der Preise bleibt unter anderem auch die Entwicklung im Dienstleistungssektor, dessen Preise im Vorjahresvergleich um durchschnittlich 12,6 Prozent anzogen, sowie in den Bereichen Urlaub, Kultur und Freizeit sowie Bekleidung ein mahnender Finger. Dennoch: Vor einem Jahr stand die Inflationsrate im Land drei Mal so hoch, die Energie- und Heizkosten hatten sich um durchschnittlich zwei Drittel, die Lebensmittel um teils über die Hälfte und selbst Verbrauchs- und Gebrauchsgüter um knapp ein Siebtel verteuert.



Die Veränderung der ungarischen Verbraucherpreise im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Prozent  
(schwarz: Stand November 2022; orange: Stand November 2023)

Quelle: MTI / Budapester Zeitung

### **50 Jahre deutsch-ungarische diplomatische Beziehungen gefeiert**

Am 4. Dezember 2023 wurde das 50. Jubiläum der deutsch-ungarischen diplomatischen Beziehungen an der deutschsprachigen Andrassy Universität in Budapest (AUB) begangen. Die Konferenz wurde von der AUB, der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE) und dem Deutsch-Ungarischen Jugendwerk (DUJ) organisiert und ausgerichtet. Kanzleramtsminister Gergely Gulyás lobte die guten und intensiven Beziehungen, die sich auf viele Bereiche des Lebens erstrecken würden und betonte besonders die kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Verbundenheit. Anlässlich der Festveranstaltung an der AUB, der einzigen deutschsprachigen Universität außerhalb des deutschen Sprachraums, erklärte er, stolz darauf zu sein, dass der Bildungsweg in Ungarn vom Kindergarten bis zur Doktorarbeit auf Deutsch erfolgen könne.

An der Festveranstaltung nahmen zudem sowohl Ursula Seiler-Albring, die frühere Botschafterin Deutschlands in Budapest zwischen 2003 und 2006, als auch die amtierende Botschafterin der Bundesrepublik, Julia Gross, teil. Die beiden Diplomattinnen betonten die enge kulturelle und historische Verbundenheit der beiden Nationen sowie die Bedeutung des kontinuierlichen Dialogs – ein Faden, den der ungarische Botschafter in Berlin, Péter Györkös, in seiner Rede aufgriff. Direkt und gegenwartsbezogen merkte er kritisch an, dass eben jener so bedeutsame Dialog in Stocken geraten sei und die zunehmende Entfremdung der Politik längst auch die Bürgergesellschaft der beiden Länder erreicht habe – eine bedenkliche Entwicklung. Györkös rief dazu auf, die Gelegenheit, welche er in der ungarischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2024 sah, nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, sondern vielmehr zur Revitalisierung des deutsch-ungarischen Dialogs auf politischer Ebene zu nutzen. Bence Bauer, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium nahm ebenfalls an den

Feierlichkeiten teil und moderierte eines der Panels. Zum feierlichen Abschluss des Festakts wurde von der CSR-Direktorin der Ungarischen Nationalbank sowie der deutschen Botschafterin in Ungarn eine für das Jubiläum extra angefertigte Gedenkmünze der Ungarischen Nationalbank aus Edelmetall von 10 Zentimetern Durchmesser vorgestellt, die der Künstler Zoltán Endrődy entworfen hatte.

### Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

#### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

#### *Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

#### *Vergangene Veranstaltungen*

Am **7. Dezember 2023** hielt **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen-Instituts für Europäische Zusammenarbeit, einen Vortrag am **MCC-Bildungszentrum in Szeged**. Thema des Abends war die **Halbzeitbilanz der deutschen Ampel-Regierung** – rund 50 Zuhörer, größtenteils MCC-Studenten, wohnten der Veranstaltung bei und konnten im Anschluss ihre Fragen stellen. Einen ausführlichen Bericht zur Veranstaltung finden Sie unter dem folgenden [Link](#).



### *Bevorstehende Veranstaltungen*

Am **17. Januar 2024** findet ab **17.00 Uhr** ein Online-Vortrag zum Thema „**Ungarns Europapolitik und die anstehende EU-Ratspräsidentschaft**“ statt. Referentin wird **Krisztina VARJU**, stellvertretende Staatssekretärin für Entwicklung europäischer Beziehungen im Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel, sein. An der anschließenden Diskussion werden zudem **Dr. Gerhard PAPKE**, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland sowie **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, teilnehmen.

Die Registration ist bis zum 16. Januar 2024 unter folgendem [Link](#) möglich.

### *Veröffentlichungen*

In seinem Artikel „**Eine Frage der Selbstbehauptung**“ skizziert **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, die aktuellen geopolitischen Machtverschiebungen und die daraus resultierenden neuen Herausforderungen vor denen Europa nun steht. Bauer vertritt die Position, dass die Europäer zwar die transatlantische Allianz mit den Vereinigten Staaten von Amerika bewahren, sich jedoch gleichzeitig aus der sicherheitspolitischen Abhängigkeit lösen sollten und das Konzept der „strategische Autonomie“ vorantreiben sollten. Europa, beklagt Bauer, erscheine in Anbetracht der neuen Herausforderungen jedoch ideen-, orientierungs- und führungslos. Den Artikel, veröffentlicht in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**, finden Sie [hier](#).



Das Laternenfest zum Jahr des Drachen am Biodom (Quelle: Kultura Online via Facebook)

Vom 16. Dezember 2023 bis zum 24. Februar 2024 begrüßt 70 Tage lang ein ganz besonderes Lichterschauspiel seine Bewunderer im Garten des Biodoms neben dem Budapester Zoo. Anlässlich des Jahrs des Drachen im chinesischen Kalender entführt das Laternen-Festival seine Besucher zwischen 17:00 und 21:00 Uhr in ein buntes Farben- und Tonspektakel aus mehreren Hundert Laternen voller märchenhafter Motive aus der Tier- und Pflanzenwelt. Neben Pandas, Flamingos und Phönixen, stellt ein majestätischer, 20 Meter langer Drache die Hauptattraktion der Ausstellung dar. Insgesamt knapp 50 Installationen erwarten Groß und Klein. Das Laternenfest zum Jahr des Drachen lädt nicht nur Liebhaber der chinesischen Kultur zu einem Spaziergang im Mondschein ein, sondern auch Familien und Liebhaber magischer Unterhaltung.



Quelle: Kultura Online via Facebook

Für die Wintersportbegeisterten hingegen könnte sich ein Besuch im malerischen Städtchen Balatonfüred am Ufer des Balatons auch im Winter lohnen. Balatonfüred erwartet die Besucher in diesem Jahr mit einer Eislaufbahn der besonderen Sorte, mit einer Gesamtlänge von einem Kilometer und einer Eisfläche von fast dreitausend Quadratmetern wird das Schlittschuhlaufen auf der beliebten Uferpromenade und somit entlang des Seeufers möglich

sein. Diese neue Schlittschuhbahn erstreckt sich von der beliebten Eisbahn in der Zákonyi-Straße über einen Eiskorridor auf der Tagore-Promenade bis zur Széchenyi-Statue, wo ebenfalls weitere Eisbahnen errichtet werden. Die neue Eisbahnanlage wird voraussichtlich bis Ende Januar 2024 geöffnet sein.



---

Quelle: Privat

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)